

## „Eltern-Soli“ ist nicht möglich

### Gebühren werden erhöht / Beirat gegen Gruppenschließungen und für freiwillige Spenden

**Die Kindergartengebühren werden zum 1. August steigen. Eine entsprechende Empfehlung gab der Ausschuss für Jugend, Familie und Sport ab und schloss sich bei der ausgesuchten Variante dem Kindergartenbeirat an.**

**Obernkirchen.** Empfohlen wird dem Stadtrat eine der neu ausgearbeiteten Varianten, die nach der Sitzung des Finanzausschusses in der letzten Woche erstellt wurden. Variante fünf legt bis 6,5 Stunden Betreuungszeit eine Gebühr von 22 Euro zugrunde, danach von 20 Euro. In konkreten Zahlen bedeutet dies, dass sich die Gebühren bei 4,5 Stunden um zehn Prozent auf 99 Euro erhöhen, bei fünf Stunden auf 110 Euro (plus 15,79 Prozent) bis hin zu 195 Euro bei einer Betreuungszeit von 9,75 Stunden, was einer prozentualen Erhöhung von 21,8 Prozent entspricht. Rund 70 bis 80 Zuhörer verfolgten im Sitzungssaal des Rathauses eine gut dreistündige Sitzung, die für 35 Minuten unterbrochen wurde, damit sich der Kindergartenbeirat, der ins sogenannte Benehmen gesetzt werden muss, abstimmen konnte. Dabei standen zwei Fragen im Mittelpunkt: Soll die Gruppenstärke von 24 auf 25 Kindergartenplätze, also dem gesetzlichen Rahmen, um einen Platz erhöht werden? Und sollen, wie es ein vom Rat geforderter möglicher und durch die Verwaltung zu erstellender Lösungsansatz vorsah, die sogenannten halben Gruppen in den Kleinenrichtungen Vehlen und Krainhagen geschlossen werden? Hintergrund sind die Zuschussberatungen in den politischen Gremien. Im Rahmen der Budget-Anmeldungen wurde ein Zuschuss von 1,104 Millionen Euro beraten, von denen 1,050 Millionen im Haushalt 2010 berücksichtigt wurden. Das Defizit sollte um 54 300 Euro verringert werden, die über Minderausgaben im Sach- und Dienstleistungsbereich sowie den sonstigen Aufwendungen eingespart werden sollen. Neben der Gebührenerhöhung hatte die Verwaltung die Aufgabe zu erfüllen, Personal in der Kinderbetreuung einzusparen. Bei Umsetzung dieser Pläne wäre bei einer Gruppenstärke von 25 Kindern eine durchgängige Einsparung einer halben Gruppe im nächsten Kindergartenjahr möglich, bei 24 Kindern pro Gruppe lediglich von August 2010 bis März 2011. Die Ersparnis beziffert die Verwaltung auf 22 500 Euro für 2010. Zusammengefasst würde dies für 2010 bedeuten, dass mit der Gebührenerhöhung und dem Wegfall der beiden Halbtagsgruppen im Vormittagsbereich rund 42 000 Euro einzusparen wären. Zwar liegen dieser Rechnung die Zahlen der Variante zwei zugrunde, aber sie dürften auch bei der später empfohlenen Variante fünf, die zuerst Bernd Kirsch (WIR) zur Annahme vorgeschlagen hatte, ähnlich aussehen. Außerdem hatte die Verwaltung vorgeschlagen, im gebührenfreien dritten Kindergartenjahr für Betreuungszeiten, die über acht Stunden hinausgehen, 22 Euro (für 9,25 Stunden) beziehungsweise 33 Euro (für 9,75 Stunden) im Monat zu erheben. Nachdem sich der Beirat gegen dieses Modell ausgesprochen hatte, sollen diese Monatsgebühren linear in das Variantenmodell eingebaut werden. Rein gesetzlich haben Städte und Kommunen die Möglichkeit, für alle Betreuungszeiten, die über acht Stunden hinausgehen, Gebühren zu erheben. Einrichtungsübergreifend denken – das war das Schlagwort, das sich durch jeden Redebeitrag zog: Nicht mehr allein eine Kindertagesstätte betrachten, sondern alle vier: Kammweg, Kleistring, Vehlen und Krainhagen. Da der Löwenanteil der Ausgaben im Personalbereich liegt, könnten so Gruppen geschlossen und Personal gespart werden. Es war das Szenario der Gruppenschließung, das der Kindergartenbeirat unbedingt vermeiden wollte. Während die Politik kein allzu großes Problem darin sah, dass ein Kind beispielsweise von der Dorfgemeinschaftsanlage in Vehlen in den Kleistring (auch in Vehlen) wechselt – von einem Gruppenwechsel innerhalb des Kindergarten gar nicht erst zu reden –, sahen das die Beiratmitglieder ganz anders. Von einer „Tragödie“ aus Sicht der Kinder, die aus ihren „sozialen Zusammenhang“ gerissen würden, sprach ein Beiratssprecher und verglich den Wechsel mit dem Verlust einer Arbeitsstelle und einem Neuanfang in einer neuen Firma. Selbst einer von Bürgermeister Oliver Schäfer dezidiert nachgefragten möglichen Umsetzung innerhalb des Kindergartens – von einer Gruppe in eine andere – wurde ausdrücklich widersprochen. Der Vorschlag des Beirates: Die Gruppen so lassen, wie sie sind – und durch „Kreativität“ und „gute Ideen“ Sparmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese Sparmöglichkeiten sollen von den Eltern und Erziehungsberechtigten geleistet werden, die vom kostenfreien dritten Kindergartenjahr profitieren: Als eine Art Spende oder Kindergarten-Solidaritätsbeitrag, wie es der Beirat vorschlug. Wilhelm Mevert mochte zwar der Entscheidung seiner SPD nicht vorgreifen, aber für den Fraktionsvorsitzenden war der Vorschlag eine gute Idee, „die so anzunehmen“ sei. Martin Schulze-Elvert, Fraktionsvorsitzender der CDU, war ebenfalls begeistert: „Das ist mehr, als ich erwartet habe.“ Schäfer blieb skeptisch: „Wir können keinen zu einer Gebühr verpflichten. Wir haben keine Handhabe gegen Eltern, die nicht mitmachen.“ Da eine Spende oder ein „Soli“ als verbindliche Regel in der Satzung verankert werden müsste, war dieser Vorschlag – zumindest innerhalb der Verwaltung – bald wieder vom Tisch. Sicher ist nur, dass sich der Verwaltungsausschuss am Mittwoch mit dem Thema befassen wird, Ende des Monats tagt dann der Stadtrat. rnk